Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4736

24. 05. 96

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christel Deichmann, Dr. Gerald Thalheim, Ernst Bahr, Tilo Braune, Dr. Eberhard Brecht, Petra Ernstberger, Elke Ferner, Gabriele Fograscher, Iris Gleicke, Günter Gloser, Hans-Joachim Hacker, Manfred Hampel, Alfred Hartenbach, Reinhold Hemker, Barbara Imhof, Brunhilde Irber, Sabine Kaspereit, Ernst Kastning, Marianne Klappert, Horst Kubatschka, Werner Labsch, Brigitte Lange, Ulrike Mascher, Christoph Matschie, Heide Mattischeck, Jutta Müller (Völklingen), Kurt Palis, Dr. Martin Pfaff, Georg Pfannenstein, Bernd Reuter, Dr. Edelbert Richter, Gerhard Rübenkönig, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Ottmar Schreiner, Gisela Schröter, Horst Sielaff, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Jella Teuchner, Uta Titze-Stecher, Adelheid Tröscher, Hans Georg Wagner, Reinhard Weis (Stendal), Matthias Weisheit, Berthold Wittich, Heidemarie Wright
— Drucksache 13/4181 —

Zukünftige Verwaltungsstrukturen der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (Landwirtschaftliche Alterskassen, Berufsgenossenschaften, Krankenversicherungen und Pflegekassen)

Mit der Agrarsozialreform 1995 wurde das Recht der landwirtschaftlichen Alterssicherung und der landwirtschaftlichen Krankenversicherung grundlegend neu geordnet. Durch das Unfallversicherungseinordnungsgesetz (UVEG) wird das Unfallversicherungsrecht neu kodifiziert. Nachdem die Träger zunächst für die Umstellung auf das neue Recht eine gewisse Zeit benötigt haben, müssen jetzt die teilweise überholten Organisationsstrukturen der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) ins Blickfeld der politischen Diskussion rücken.

Mit insgesamt 76 landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträgern in 19 Regionen sehr unterschiedlicher Größe, deren Abgrenzungen z. T. aus dem vorigen Jahrhundert stammen, ist eine effiziente Arbeit bei weiter schrumpfenden Versichertenzahlen kaum möglich. Anfallende Verwaltungsarbeit wird häufig 19mal parallel geleistet, EDV-Ausstattungen werden nicht einheitlich angeschafft, sondern parallel in

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 20. Mai 1996 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Auftrag gegeben, Vorschriften des Bundesrechtes werden unterschiedlich ausgelegt.

Der Bund zahlt erhebliche Mittel für die landwirtschaftliche Sozialversicherung: 615 Mio. DM für die Unfallversicherung, über 2 Mrd. DM für die Krankenversicherung und rd. 4 Mrd. DM im Bereich der landwirtschaftlichen Alterssicherung. In letzterer gehen möglicherweise vorhandene unwirtschaftliche Verwaltungsausgaben aufgrund der durch die Agrarsozialreform 1995 eingeführten staatlichen Defizithaftung, die wir lange gefordert haben und ausdrücklich unterstützen, voll zu Lasten des Bundes.

Vorbemerkung

Zusammen mit der Gartenbau-Berufsgenossenschaft gibt es 20 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, deren Größe und Zuständigkeit zum Teil historisch bedingt sind. Bei jeder landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ist eine landwirtschaftliche Alterskasse und eine landwirtschaftliche Krankenkasse, bei jeder landwirtschaftlichen Krankenkasse ferner seit 1995 eine landwirtschaftliche Pflegekasse errichtet. Die vier landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger (LSV-Träger) bilden jeweils eine eng verzahnte Verwaltungsgemeinschaft mit einer Geschäftsführung in Personalunion, einheitlichen Organen und Zentralabteilungen, die für alle vier LSV-Träger zuständig sind (EDV-Abteilung, Personalabteilung, allgemeine Verwaltung usw.).

Die Ausstattung auf dem EDV-Sektor wird zwischen den LSV-Trägern abgestimmt. Für die Beschaffung finden in der Regel Rahmenverträge der Verbände Anwendung (vgl. im einzelnen die Antwort auf die Frage 6).

Spitzenverbände der LSV-Träger sind der Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, der Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen und der Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen.

Die Aussage, wonach Vorschriften des Bundesrechts unterschiedlich ausgelegt werden, kann sich nur auf wenige Einzelfälle beziehen. Die Verbände haben die Aufgabe, die Mitglieder bei der Anwendung des Rechts zu beraten. Dies geschieht u. a. durch Stellungnahmen zu den anzuwendenden Vorschriften, die Durchführung von Fachbesprechungen, an der Fachleute der LSV-Träger teilnehmen, sowie die Herausgabe von Rundschreiben. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, daß von vornherein das Bundesrecht in gleicher Weise ausgelegt und angewendet wird. Sollte sich erst im Verlauf der Verwaltungspraxis eine unterschiedliche Handhabung herausstellen, wird eine einheitliche Rechtsanwendung in der vorstehenden Weise angestrebt. Darüber hinaus werden unterschiedliche Anwendungen, soweit sie vorher nicht bekannt waren, von der Prüfungs- und Beratungsstelle der Verbände aufgegriffen; auch dies dient einer einheitlichen Rechtsanwendung. Weiterhin finden regelmäßige Besprechungen mit den übrigen Spitzenverbänden der Sozialversicherungsträger statt, damit auch hier eine weitgehend einheitliche Rechtsanwendung erreicht wird.

Aufgrund § 790 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung (angefügt durch Artikel 8 Nr. 4 des Agrarsozialreformgesetzes 1995) hat die Hessische Landesregierung am 16. März 1995 eine Verord-

nung zur Vereinigung der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Darmstadt und der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Hessen-Nassau erlassen.

Unabhängig davon, ob eine Änderung der Struktur der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger aus anderen Gründen sinnvoll sein könnte, ist nicht ersichtlich, daß zur Zeit unwirtschaftliche Verwaltungsausgaben entstehen. Insbesondere konnte durch die Zusammenlegung von Sozialversicherungsträgern in anderen Bereichen nicht nachgewiesen werden, daß damit Verwaltungsausgaben in erheblichem Umfang eingespart wurden. Die Effizienz der Arbeit eines Sozialversicherungsträgers läßt sich nicht allein an seiner Größe messen.

1. Wie viele landwirtschaftliche Unternehmer waren in den letzten fünf Jahren jeweils bei den einzelnen Landwirtschaftlichen Alterskassen, Berufsgenossenschaften, Krankenversicherungen und Pflegekassen versichert, und wie viele Versicherte insgesamt hatten in den letzten fünf Jahren die jeweiligen Träger?

   Wie werden sich nach Einschätzung der Bundesregierung diese Zahlen in den nächsten fünf bzw. zehn Jahren entwickeln?

Die versicherten Unternehmer und die Versicherten insgesamt sind den Übersichten 1 bis 4 zu entnehmen.

Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gibt es keine Versichertendateien. Aufgrund der flächenbezogenen Beitragsmaßstäbe in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung ist auch eine Rückrechnung der Versichertenzahlen aus den Lohnsummen nicht möglich. Es liegen keine konkreten Zahlen über die versicherten Personen vor. Die aufgrund einer Schätzung hochgerechnete Versicherten- und Vollarbeiterzahl, bezogen auf die gesamte landwirtschaftliche Unfallversicherung, ist in der Übersicht 1 eingetragen. Die Zahlen für das Jahr 1995 liegen für die Berufsgenossenschaften noch nicht vor.

Bei den landwirtschaftlichen Alterskassen sind bei der Gesamtzahl der Versicherten neben den pflichtversicherten Landwirten die mitarbeitenden Familienangehörigen, die Weiterentrichtenden, die freiwillig Versicherten sowie die nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte von der Versicherungspflicht befreiten Unternehmer mitgezählt, weil diese Personen von den Alterskassen erfaßt und auch betreut werden. Nicht einbezogen sind dagegen diejenigen Landwirte, die aufgrund einer Befreiung vor 1995 der Alterssicherung der Landwirte nicht angehören.

Bei den landwirtschaftlichen Kranken- und Pflegekassen schließen die Versichertenzahlen auch die Familienversicherten ein.

Bezüglich der Entwicklung der Zahlen in den nächsten Jahren liegen grundsätzlich keine Hochrechnungen vor. Aus der Entwicklung in den vergangenen fünf Jahren kann aber eine Tendenz abgelesen werden.

In der Alterssicherung der Landwirte geht die Bundesregierung aufgrund bisheriger Daten über die Entwicklung des Beitrags-

zahlerbestandes im Jahr 1995 derzeit davon aus, daß sich dieser Bestand in etwa so entwickeln wird, wie dies im Rahmen der für das Agrarsozialreformgesetz 1995 durchgeführten Modellrechnungen über die künftige finanzielle Entwicklung des Systems der Alterssicherung der Landwirte angenommen wurde. Hiernach wird sich der Bestand der Vollbeitragszahler in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Jahr	1996	1997	1998	1999	2000
Versicherte	489 000	474 000	459 000	442 000	429 000

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005
Versicherte	418 000	404 000	393 000	381 000	369 000

2. Wie viele Beschäftigte hatten in den letzten fünf Jahren die einzelnen landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger, in absoluten Zahlen und bezogen auf die jeweilige Anzahl der bei den einzelnen Trägern Versicherten?

Aus der Übersicht 5 ergibt sich die Zahl der bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, Alterskassen und Krankenkassen Beschäftigten (absolute Zahl und Anzahl der Versicherten, bezogen auf einen Beschäftigten). Die Beschäftigten der landwirtschaftlichen Pflegekassen sind bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse angestellt, bei der die Pflegekasse errichtet ist (§ 46 Abs. 2 Satz 3 SGB XI), so daß diese Personen bei der Krankenkasse mitgezählt werden.

Die Übersicht enthält noch eine weitere Spalte über die zusammengefaßte Zahl der Beschäftigten bei allen drei Zweigen, weil wegen der gemeinsamen Aufgabenerledigung die Mitarbeiter bestimmter Abteilungen (z. B. Beitragsabteilung) regelmäßig bei unterschiedlichen Körperschaften angestellt sind und nicht immer bestimmbar ist, ob diese jeweils für ihre Anstellungskörperschaft überwiegend tätig werden.

Bei der Zahl der Beschäftigten bezogen auf den Versichertenbestand ist bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nur eine Gesamtaussage für die gesamte landwirtschaftliche Unfallversicherung (Schätzung) möglich, weil die Versichertenzahlen nicht im einzelnen bekannt sind (siehe Antwort zu Frage 1).

Die hauptamtlich angestellten Betriebs- und Haushaltshelfer sind in der Aufstellung nicht enthalten. Nur wenige LSV-Träger beschäftigen hauptamtliche Ersatzkräfte für Betriebs- und Haushaltshilfe, während die überwiegende Zahl mit nebenamtlichen Personen zusammenarbeitet oder die benötigten Fachkräfte in Zusammenarbeit mit Maschinenringen usw. beschafft.

3. Wie viele Beschäftigte gab es jeweils in den letzten fünf Jahren in den Positionen der Geschäftsführung sowie diesen direkt zugeordneten Bereichen?

Wie viele ehrenamtliche Vorstandsmitglieder, Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane etc. gab es jeweils, und welche Beträge wurden hier als Aufwandsentschädigung etc. gezahlt?

Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, Alters-, Kranken- und Pflegekassen bilden jeweils eine Verwaltungsgemeinschaft. Der Geschäftsführer der Berufsgenossenschaft ist gleichzeitig Geschäftsführer der drei anderen Körperschaften. Dies gilt auch für den stellvertretenden Geschäftsführer. Insgesamt werden daher in den Positionen der Geschäftsführung und stellvertretenden Geschäftsführung jeweils 20 Personen im Bereich der LSV-Träger beschäftigt.

Die Zahl der Mitglieder von Vorstand oder Vertreterversammlung ergibt sich aus der Übersicht 6. Hier hat es in den letzten fünf Jahren im Prinzip keine Änderung gegeben. Wegen der gesetzlich vorgeschriebenen Organleihe sind die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane der landwirtschaftlichen Alters-, Kranken- und Pflegekassen personengleich mit denen der Berufsgenossenschaften, mit Ausnahme der Arbeitnehmervertreter. Diese wirken in Angelegenheiten der Alters-, Kranken- und Pflegekassen nicht mit. Die Aufwendungen für die Selbstverwaltung sind der Übersicht 7 zu entnehmen; Zahlen für 1995 liegen noch nicht vor.

4. Welche Verwaltungskosten sind insgesamt jeweils in den letzten fünf Jahren bei den einzelnen landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträgern bezogen auf die Anzahl der jeweils Versicherten angefallen?

Die Verwaltungskosten (absolute Zahlen und bezogen auf die Anzahl der Versicherten) ergeben sich aus der Übersicht 8.

Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften lassen sich die Verwaltungskosten nicht auf die Anzahl der jeweils Versicherten beziehen; auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

5. Welche Träger unterliegen der Bundesaufsicht und welche der Aufsicht der jeweiligen Länder?

Der Bundesaufsicht unterliegen die folgenden bundesunmittelbaren Träger:

Schleswig-Holsteinische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Oldenburg–Bremen, Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Berlin und Gartenbau-Berufsgenossenschaft. Dies gilt auch für die jeweils bei diesen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften errichteten landwirtschaftlichen Alters- und Krankenkassen sowie die bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen errichteten Pflegekassen. Zuständige Aufsichtsbehörde ist das Bundesversicherungsamt in Berlin.

Die übrigen Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung sind landesunmittelbar und unterliegen der Aufsicht des Landes,

in dem sie ihren Sitz haben. Die zuständige Aufsichtsbehörde wird durch das Landesrecht bestimmt (in der Regel das für Sozialversicherung zuständige Landesministerium).

6. Wie hoch waren die Ausgaben der jeweiligen Träger für EDV-Programme und EDV-Organisation jeweils in den letzten fünf Jahren?
   Welche Träger benutzen gemeinsame EDV-Systeme?
   Warum verwenden die Träger nicht ein einheitliches Programm?

Die Frage kann sinnvollerweise nur für die jeweilige LSV-Gemeinschaft und nicht getrennt nach Berufsgenossenschaft, Alters-, Kranken- und Pflegekasse beantwortet werden. Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Informationssystem – Landwirtschaftliche Sozialversicherung (AG IS-LSV) werden grundsätzlich einheitliche Programme benutzt, die von entsprechenden Projektteams der angeschlossenen LSV-Träger erarbeitet werden. In der AG IS-LSV sind zwölf LSV-Gemeinschaften vertreten, die ca. 80 % der Versicherten abdecken. Vier weitere LSV-Gemeinschaften haben sich zu einer Programmiergemeinschaft zusammengeschlossen, und nur vier LSV-Gemeinschaften erstellen zur Zeit ihre Programme noch selbst. Durch Beschlüsse des Vorstandes der Verbände sowie korrespondierende Beschlüsse der Direktorenkonferenz soll künftig im Rahmen eines noch zu erstellenden Konzeptes IS 2001 die gesamte EDV-Landschaft im Bereich der LSV-Träger vereinheitlicht werden. Die LSV-Träger stimmen in den grundsätzlichen Zielen, Neuentwicklung der Anwendungsprogramme des IS-LSV, Beteiligung sämtlicher LSV-Träger an der Neuentwicklung, Berücksichtigung neuer Vorgehensweisen bei der Software-Entwicklung und Einbeziehung neuer Konzepte der Informationstechnik in die Entwicklung überein. Zur Zeit wird ein entsprechendes Pflichtenheft für eine beabsichtigte Ausschreibung vorbereitet. Auch die Ausstattung auf dem EDV-Sektor wird untereinander abgestimmt, für die Beschaffung finden in der Regel Rahmenverträge der Verbände Anwendung (Beispiel: Ende März 1996 wurde von den LSV-Verbänden ein Vertrag mit der Firma Computer Associates für die Überlassung und Pflege von DV-Programmen abgeschlossen, an dem alle LSV-Träger beteiligt sind).

Die Ausgaben für EDV-Programme, Hardware und EDV-Organisation der LSV-Träger sind in der Übersicht 9 zusammengestellt.

7. Wird die Gestaltung des § 58 Abs. 3 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) als „Kann-Vorschrift" als ausreichend erachtet, um eine effiziente Harmonisierung der EDV-Programme und der EDV-Organisation bei den landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträgern zu erreichen?
   Wie beurteilt die Bundesregierung die existierende „Programmvielfalt" hinsichtlich einer effizienten Sozialberatung, die vielerorts durch die Bauernverbände durchgeführt wird?

Die Vorschrift des § 58 Abs. 3 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) ist vom Wortlaut her als Ermessensregelung gefaßt. In der Gesetzesbegründung zu dieser Vor-

schrift hat der Gesetzgeber jedoch zum Ausdruck gebracht, daß der Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen „für eine einheitliche Entwicklung von Verfahren und Programmen für die automatische Datenverarbeitung zu sorgen" hat. Dies soll durch Grundsatzentscheidungen des Gesamtverbandes gewährleistet werden. Sollte sich herausstellen, daß ohne Grundsatzentscheidungen des Gesamtverbandes die in § 58 Abs. 3 ALG niedergelegten Ziele nicht erreicht werden können, und sollte sich ferner herausstellen, daß im Gesamtverband, in dem die einzelnen Träger vertreten sind, keine Grundsatzentscheidungen zustande kommen, könnte nach Auffassung der Bundesregierung eine Änderung des § 58 Abs. 3 ALG erwogen werden.

Im Hinblick auf die Effizienz der durch die Alterskassen durchzuführenden Sozialberatung haben die in den letzten Monaten gemachten Erfahrungen nach Auffassung der Bundesregierung gezeigt, daß keine gravierenden Defizite bestehen. Sozialberatung erfolgt in erster Linie durch individuelle Beratung und Verbreitung allgemeiner Informationsmaterialien. Insoweit kommt es in der Regel für die Effizienz der Sozialberatung nicht darauf an, ob die einzelnen Träger verschiedene EDV-Programme benutzen.

8. Wann wird in der landwirtschaftlichen Alterssicherung eine bundesweit einheitliche Versichertennummer, wie dies in der gesetzlichen Rentenversicherung üblich ist, vergeben?

Nach § 59 Abs. 1 Satz 2 ALG sind die Alterskassen verpflichtet, an ihre Versicherten Mitgliedsnummern zu vergeben. Im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird zur Zeit geprüft, ob für die Vergabe von Mitgliedsnummern bundeseinheitliche Kriterien vorgesehen werden sollen. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

9. Ist zutreffend, daß die Rheinische Alterskasse und die Alterskasse Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu allen anderen Alterskassen zunächst nur einen Bruchteil der seit 1. Januar 1995 grundsätzlich versicherungspflichtigen Ehegatten von landwirtschaftlichen Unternehmern erfaßt haben, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die geltenden Regelungen des ALG auch hier durchzusetzen?

Es ist zutreffend, daß die Rheinische Alterskasse und die Alterskasse Rheinland-Pfalz zunächst nicht alle seit 1. Januar 1995 versicherungspflichtig gewordenen Ehegatten von Landwirten erfaßt haben. Aufsichtsrechtliche Befugnisse stehen der Bundesregierung bzw. dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung unmittelbar nicht zu, da beide Alterskassen als landesunmittelbare Alterskassen der Aufsicht der jeweiligen Länder (d. h. Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz) unterstehen. Diese sind daher in erster Linie aufgefordert, durch aufsichtsrechtliche Maßnahmen den gesetzmäßigen Vollzug des ALG sicherzustellen. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat deshalb

frühzeitig die Aufsichtsbehörden in diesen Ländern angeschrieben.

10. Auf welche Gestaltungsbereiche erstrecken sich die Entscheidungsbefugnisse der Selbstverwaltungen der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger in den einzelnen Zweigen?

Der Selbstverwaltung in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung stehen Gestaltungsbefugnisse in den Bereichen zu, die nicht zwingend und abschließend gesetzlich geregelt sind. Danach gibt es bestimmte Bereiche, die für eine landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, Alters-, Kranken- und Pflegekasse jeweils in gleicher Weise wahrzunehmen sind. Daneben ergeben sich spezifische Gestaltungsbereiche des jeweiligen Versicherungszweiges. Im Folgenden sind wesentliche Gestaltungsbefugnisse aufgeführt, wobei zwischen den Aufgabenbereichen des Vorstands und der Vertreterversammlung nicht weiter differenziert wird:

Parallele Gestaltungsbereiche bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, Alters-, Kranken- und Pflegekassen:

- Beschlußfassung und Änderung der Satzung,
- Beschlußfassung des sonstigen autonomen Rechts wie Dienstordnung, Laufbahnrichtlinien, Ausbildungs- und Prüfungsordnungen,
- Erlaß von Richtlinien, z. B. für die Führung der Verwaltungsgeschäfte, die Anlegung und Verwaltung der Betriebsmittel und die Anlegung der Rücklage (gilt nicht für Pflegekasse),
- Aufstellung und Feststellung der Haushaltspläne,
- Normierung und Gestaltung der Betriebs- und Haushaltshilfe als besondere Leistung der LSV (gilt nicht für Pflegekasse),
- Beschlüsse mit Wirkung für die Selbstverwaltungsorgane, z. B. über die Geschäftsordnungen.

Aufgaben und Befugnisse nur für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften:

- Wahl der Vorstandsmitglieder und des Geschäftsführers sowie des stellvertretenden Geschäftsführers,
- Bildung von Rentenausschüssen,
- Beschlußfassung über die Unfallverhütungsvorschriften,
- Beschlußfassung über die Umlage sowie über die Beschaffung von Betriebsmitteln,
- Beschlußfassung über die Beteiligung an Einrichtungen der Heilbehandlung und Berufshilfe,
- Gestaltung des Beitragsmaßstabes.

Aufgaben und Befugnisse nur für die landwirtschaftlichen Alterskassen:

- Beschlußfassung auf Ebene des Gesamtverbandes über die allgemeinen Richtlinien mit Bindung für die einzelnen Alterskassen,

– Festsetzung der Mindestgröße (Grenzwert des Eintritts der Versicherungspflicht).

Aufgaben und Befugnisse nur für die landwirtschaftlichen Krankenkassen:

– Festsetzung der Bemessungsgrundlagen und der Beiträge,

– Verträge mit Vereinigungen oder Verbänden von Heilberufen, mit Kranken- und Heilanstalten,

– Satzungsbestimmungen über Mehrleistungen.

Aufgaben und Befugnisse nur für die landwirtschaftlichen Pflegekassen:

Die Pflegekassen schließen Versorgungsverträge und Vergütungsvereinbarungen mit den Trägern von Pflegeeinrichtungen und sonstigen Leistungserbringern ab. Auf Spitzenverbandsebene werden hierzu zusammen mit den übrigen Spitzenverbänden einheitliche Grundsätze und Maßstäbe für die Qualität und die Qualitätssicherung der ambulanten und stationären Pflege sowie für das Verfahren zur Durchführung von Qualitätsprüfungen vereinbart.

11. Beabsichtigt die Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen, um die stark unterschiedliche Belastung vergleichbarer landwirtschaftlicher Unternehmen durch Beiträge zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung bzw. Unfallversicherung zu reduzieren, und wenn ja, welche?

Die Beitragsgestaltung in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung ist im wesentlichen Aufgabe der bäuerlichen Selbstverwaltung der jeweiligen landwirtschaftlichen Krankenkasse. Der Gesetzgeber gibt hierfür nur einen Rahmen vor.

Der Deutsche Bundestag hat in einer Entschließung zu dem von ihm verabschiedeten Vierten Agrarsozialen Ergänzungsgesetz (Drucksache 11/7233) die Selbstverwaltung der landwirtschaftlichen Krankenversicherung u. a. aufgefordert, ihren gesetzlichen Auftrag auszufüllen und eine sozial gerechte Verteilung der Beitragslast in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung nach den Grundsätzen der allgemeinen Krankenversicherung herbeizuführen. Er hat die Bundesregierung gebeten, ihm über die von der Selbstverwaltung der landwirtschaftlichen Krankenversicherung durchgeführten Entlastungsmaßnahmen zu berichten.

Nach einem Bericht der Bundesregierung vom 17. Juni 1992 (Drucksache 12/2851) hat die Selbstverwaltung der landwirtschaftlichen Krankenkassen die überproportionale Beitragsbelastung kleinerer und mittlerer Betriebe nicht beseitigt. Der dadurch entstandene Handlungsbedarf für den Gesetzgeber wurde mit dem Agrarsozialreformgesetz 1995 vom 29. Juli 1994 umgesetzt. Um eine sozial gerechtere Verteilung der Beitragslast in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung nach den Grundsätzen der allgemeinen Krankenversicherung durch Senkung der Belastung kleinerer und mittlerer Betriebe herbeizuführen, wurden folgende Rahmenbedingungen vorgesehen: Die vorgeschriebene

Zahl der Beitragsklassen wurde von fünf bis zehn auf 20 erhöht. Der Höchstbeitrag muß mindestens sechsmal so hoch sein wie der niedrigste Beitrag für einen landwirtschaftlichen Unternehmer. Gleichzeitig darf der Höchstbeitrag den vergleichbaren Höchstbeitrag der Ortskrankenkassen im Bereich der jeweiligen landwirtschaftlichen Krankenkasse um nicht mehr als 10 % unterschreiten.

Innerhalb jeder landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft werden vergleichbare Unternehmen mit dem gleichen Beitrag belastet. Allerdings gibt es Belastungsunterschiede zwischen den einzelnen Berufsgenossenschaften. Die Verteilung der Bundesmittel an die einzelnen Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung richtet sich deshalb nach dem Anteil der verrechnungsfähigen Leistungsaufwendungen (eines zweijährigen Durchschnitts) am Gesamtvolumen der verrechnungsfähigen Leistungsaufwendungen aller landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und nach dem Belastungsgrad der jeweiligen Berufsgenossenschaft durch die verrechnungsfähigen Leistungsaufwendungen je 1 000 DM Ertragswert im Vergleich zum Durchschnitt aller Berufsgenossenschaften (sog. 79er Schlüssel). Die Entlastung durch Bundesmittel ist somit in den einzelnen Berufsgenossenschaften – entsprechend dem Verteilungsverfahren nach dem sog. 79er Schlüssel – um so höher, je höher die (rechnerische) Bruttobelastung in den einzelnen Berufsgenossenschaften von der durchschnittlichen Bruttobelastung aller Berufsgenossenschaften (bezogen auf den verrechnungsfähigen Leistungsaufwand) abweicht. Mit diesem Verfahren wird deshalb bereits eine Annäherung der unterschiedlichen Belastung vergleichbarer landwirtschaftlicher Unternehmen in verschiedenen Berufsgenossenschaften bewirkt. Darüber hinausgehende Maßnahmen hält die Bundesregierung nicht für erforderlich.

12. Hat der Bundesrechnungshof bereits die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung von einzelnen Alterskassen überprüft, und wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Der Bundesrechnungshof hat eine Querschnittsprüfung zu Art und Umfang der Personalbemessung in der Sozialverwaltung des Bundes aufgenommen. In die Prüfung sind auch vier landwirtschaftliche Alterskassen einbezogen.

Im einzelnen wurde geprüft

- ob der Personalbedarf sachgerecht, d. h. unter Verwendung allgemein anerkannter Verfahren und Techniken, ermittelt wird,
- ob die zur Bedarfsermittlung herangezogenen Bemessungsparameter (Richtwerte, Fallzahlen, Einflußgrößen und dgl.) den aktuellen Arbeitsgegebenheiten entsprechen und der Personalbedarf ggf. rechtzeitig angepaßt wird,
- welche personalwirtschaftliche Bedeutung die verschiedenen Methoden derzeit haben,

— ob die einzelnen Methoden, Grundlagen und Verfahrensschritte zur Ermittlung des Personalbedarfs vollständig, geordnet, transparent und nachvollziehbar dokumentiert werden.

Unabhängig davon wurden auch aufbau- und ablaufbezogene Fragen mit in die Prüfung aufgenommen.

Ergebnisse dieser Prüfung liegen seit Mitte 1995 vor. Der Bundesrechnungshof hat bisher bemerkt, daß

— Personalbemessungsverfahren, wie sie vom Bundesministerium des Innern im „Handbuch für die Personalbedarfsermittlung in der Bundesverwaltung" gefordert werden, nicht angewendet würden,

— das vorhandene Personal im Prinzip „gesetzt" sei und der Personalbedarf bei geänderten Aufkommen der Verfahren ohne analytische Untersuchung fortgeschrieben bzw. je nach geschätztem „Bedarf" angepaßt würde,

— Stellenbeschreibungen, in denen die anfallenden Aufgaben beschrieben, zweckentsprechend verteilt und bewertet werden, nicht vorhanden oder veraltet seien.

Eine Gesamtbeurteilung ist erst möglich, wenn die Stellungnahmen der betreffenden Alterskassen und die Bewertung des Bundesrechnungshofes vorliegen. Dies ist bisher nicht der Fall.

13. Wann ist zuletzt die institutionelle Struktur der landwirtschaftlichen Sozialversicherung überprüft worden, und ist die Bundesregierung bereit, z. B. eine Unternehmensberatung mit einer grundlegenden Untersuchung der Strukturen der LSV zu beauftragen?

Die Bundesregierung hat durch gesetzgeberische Maßnahmen sowohl im Agrarsozialreformgesetz 1995 als auch im Regierungsentwurf des Unfallversicherungs-Einordnungsgesetzes Möglichkeiten vorgesehen, um die Organisation der LSV-Träger an den Strukturwandel in der Landwirtschaft anzupassen. Das Agrarsozialreformgesetz 1995 hat die Länder ermächtigt, mehrere LSV-Träger innerhalb eines Landes durch Rechtsverordnung zu vereinigen (vgl. § 790 Abs. 3 RVO). Der Entwurf eines Unfallversicherungs-Einordnungsgesetzes (§ 118) sieht eine weitere Ermächtigung vor, aufgrund der sich LSV-Träger auf Beschluß ihrer Vertreterversammlungen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörden vereinigen können. Der Zusammenschluß von LSV-Trägern wird durch die erfolgte Änderung des Artikels 87 Abs. 2 GG erleichtert, wonach die Landesunmittelbarkeit von Sozialversicherungsträgern auch dann möglich ist, wenn deren Zuständigkeit sich auf bis zu drei Länder erstreckt.

Eine auf Bundesgesetz beruhende Änderung der Organisation bei den LSV-Trägern, die ganz überwiegend landesunmittelbar sind, könnte nur in enger Abstimmung mit den Ländern verwirklicht werden. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Reform des agrarsozialen Sicherungssystems hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung im Frühjahr 1992 die Länder um Stellungnahme zu der Frage gebeten, ob die Organisation der land-

wirtschaftlichen Sozialversicherung dem weiterhin fortschreitenden Strukturwandel in der Landwirtschaft angepaßt werden sollte. Als Ergebnis dieser Umfrage ist im Agrarsozialreformgesetz 1995 die erwähnte Ermächtigung für Vereinigungen von LSV-Trägern innerhalb eines Landes vorgesehen worden. Im übrigen waren die Länder damals der Auffassung, daß kein Handlungsbedarf bestehe und zunächst die Entwicklung aufgrund der Änderung des Artikels 87 GG abgewartet werden sollte. Die Länder haben Abkommen über die Aufsichtsführung im Sinne von Artikel 87 Abs. 2 GG noch nicht in Kraft gesetzt. Die Bundesregierung wird sich zu gegebener Zeit erneut mit den Ländern in Verbindung setzen.

Planungen der Bundesregierung, z. B. eine Unternehmensberatung mit einer grundlegenden Untersuchung der Strukturen der LSV zu beauftragen, gibt es zur Zeit nicht. Der Bundesregierung ist aber bekannt, daß die LSV-Träger die in Frage 6 angesprochene Überprüfung der gesamten EDV-Struktur mit Vorschlägen für eine künftige Organisation durch eine externe Unternehmensberatung vornehmen lassen. Deshalb sollte zunächst das Ergebnis dieser Untersuchungen abgewartet werden, damit erkennbar ist, ob hieraus auch Schlüsse für eine künftige Neugestaltung der gesamten Organisationsstruktur der LSV-Träger zu ziehen sind.

Übersicht 1

LANDWIRTSCHAFTLICHE BERUFSGENOSSENSCHAFTEN

Landwirtschaftliche Unternehmer *) sowie Versicherte insgesamt gegliedert nach den Trägern

	1991		1992		1993		1994		1995	
	Mitglieds-unternehmen	Versicherte insgesamt	Mitglieds-unternehmen	Versicherte insgesamt	Mitglieds-unternehmen	Versicherte insgesamt	Mitglieds-unternehmen	Versicherte insgesamt	Mitglieds-unternehmen	Versicherte insgesamt
Schleswig-Holsteinische LBG	37.720		37.721		37.444		37.134			
LBG Oldenburg-Bremen	20.254		19.445		19.096		18.113			
Hannoversche LBG	114.343		113.386		111.727		109.710			
Braunschweigische LBG	6.726		6.551		6.341		6.217			
Lippische LBG	8.770		8.586		7.921		8.070			
Rheinische LBG	98.385		94.705		90.834		91.121			
Westfälische LBG	109.722		108.824		107.859		106.975			
**) LBG Hessen-Nassau	94.059		92.689		91.794		90.711			
**) LBG Darmstadt	57.290		56.407		55.659		54.794			
LBG Rheinhessen-Pfalz	71.993		68.905		68.639		68.931			
LBG für das Saarland	27.224		26.235		25.224		24.418			
LBG Ober- u. Mittelfranken	108.005		107.469		107.057		105.362			
LBG Niederbayern-Oberpfalz	118.792		137.762		135.791		135.244			
LBG Unterfranken	76.184		75.128		74.459		73.665			
LBG Schwaben	69.606		69.495		69.657		69.151			
LBG Oberbayern	100.543		101.347		107.400		93.507			
Badische LBG	154.516		152.439		150.367		148.463			
LBG Württemberg	345.063		340.343		336.938		334.983			
Gartenbau-BG	68.309		69.880		70.559		72.345			
LBG Berlin	53.026		65.623		73.189		103.361			
Sächsische LBG			51.417		52.366		49.775			
Insgesamt	1.740.530	**4.537.887**	1.804.357	**4.459.152**	1.800.321	**4.549.046**	1.802.050	**4.515.744**		

---

*) Da Angaben über Versicherte landwirtschaftliche Unternehmer nicht nach Berufsgenossenschaften vorliegen, wurden ersatzweise die Mitgliedsunternehmen ausgewiesen.

**) Zum 01.04.1995 fusioniert zur LBG Hessen

Übersicht 2

LANDWIRTSCHAFTLICHE ALTERSKASSEN

Landwirtschaftliche Unternehmer sowie Versicherte insgesamt, gegliedert nach den Trägern

	1991		1992		1993		1994		1995 **)	
	landw. Unternehmer	Versicherte insgesamt	landw. Unternehmer	Versicherte insgesamt	landw. Unternehmer	Versicherte insgesamt	landw. Unternehmer	Versicherte insgesamt	landw. Unternehmer ***)	Versicherte insgesamt
Schleswig-Holsteinische LAK	20.236	24.027	19.244	23.347	18.599	22.855	17.823	22.155	19.466	20.799
LAK Oldenburg-Bremen	10.621	12.167	10.314	11.916	9.990	11.667	9.754	11.523	13.738	15.799
Hannoversche LAK	51.438	59.651	48.677	57.046	46.763	55.086	44.905	53.260	67.429	79.051
Braunschweigische LAK	2.688	3.075	2.543	2.946	2.420	2.815	2.310	2.694	3.542	4.392
Lippische LAK	1.367	1.620	1.305	1.561	1.241	1.529	1.183	1.445	1.683	1.995
Rheinische LAK	33.943	39.528	31.737	37.259	30.207	35.743	28.855	34.401	30.215	35.786
Westfälische LAK	30.810	34.728	29.327	33.030	28.249	31.856	26.974	30.442	37.573	51.097
*) LAK Hessen-Nassau	18.842	22.216	17.620	20.882	16.699	19.829	15.606	18.534	19.412	27.685
*) LAK Darmstadt	8.454	9.798	7.634	9.047	7.175	8.567	6.795	8.094	10.119	12.370
LAK Rheinhessen-Pfalz	13.194	14.696	12.504	13.960	11.979	13.335	11.391	12.614	16.816	20.036
LAK für das Saarland	1.658	1.951	1.465	1.779	1.365	1.693	1.288	1.580	1.990	2.316
LAK Ober- u. Mittelfranken	27.032	30.915	25.227	29.189	24.020	27.900	22.728	26.308	35.604	43.849
LAK Niederbayern-Oberpfalz	38.666	43.479	36.761	41.730	35.472	40.389	34.169	38.941	51.763	64.058
LAK Unterfranken	11.753	13.882	10.882	13.064	10.281	12.330	9.612	11.648	14.559	18.998
LAK Schwaben	23.926	27.573	22.758	26.505	21.869	25.623	21.047	24.673	30.923	38.823
LAK Oberbayern	32.757	37.270	31.361	35.966	30.307	34.862	29.355	33.810	45.097	55.502
Badische LAK	20.743	24.348	19.427	22.800	18.402	21.513	17.259	20.207	25.995	34.729
LAK Württemberg	36.274	41.485	33.874	39.127	32.247	37.504	30.983	36.128	46.417	58.362
Gartenbau-AK	17.249	22.558	17.011	22.237	16.716	21.819	16.429	21.514	24.190	35.620
LAK Berlin									8.116	12.604
Sächsische LAK									3.711	5.042
Insgesamt	401.651	**464.967**	379.671	**443.391**	364.001	**426.915**	348.466	**409.971**	508.358	**638.913**

*) Zum 01.04.1995 fusioniert zur LAK Hessen
) einschließlich neue Bundesländer *) einschließlich Ehegatten von landwirtschaftlichen Unternehmern

Übersicht 3

Landwirtschaftliche Krankenkassen

Landwirtschaftliche Unternehmer sowie Versicherte insgesamt

gegliedert nach den Trägern zum Stichtag 01.10. des jeweiligen Kalenderjahres

	1991		1992		1993		1994		1995	
	landw. Unternehmer	Versicherte insgesamt	landw. Unternehmer	Versicherte insgesamt	landw. Unternehmer	Versicherte insgesamt	landw. Unternehmer	Versicherte insgesamt	landw. Unternehmer	Versicherte insgesamt
Schleswig-Holsteinische LKK	18.500	73.748	17.713	72.457	17.211	71.124	16.715	69.655	15.134	67.396
LKK Oldenburg-Bremen	9.093	38.632	8.741	37.045	8.599	35.651	8.430	34.841	7.414	33.676
Hannoversche LKK	42.106	185.609	40.382	181.212	39.269	170.988	38.201	166.720	33.439	160.171
LKK Braunschweig	2.358	10.461	2.239	10.202	2.155	9.957	2.070	9.728	1.832	9.456
Lippische LKK	1.101	4.532	1.058	4.231	1.024	4.178	992	4.131	801	3.950
KK der rhein. Landwirtschaft	26.452	131.197	24.851	126.164	23.832	121.475	*) 22.954	*) 105.414	*) 11.803	*) 54.004
Westfälische LKK	24.382	106.100	23.501	110.700	22.946	101.868	22.211	99.433	18.469	94.440
**) LKK Hessen-Nassau	12.784	54.617	12.052	53.231	11.650	52.046	11.146	50.792	**) 11.703	**) 63.719
**) LKK Darmstadt	5.553	23.247	5.097	22.346	4.921	21.767	4.709	21.108	**) 0	**) 0
LKK Rheinland-Pfalz	10.843	43.359	10.257	42.189	9.884	41.142	*) 9.531	*) 40.102	*) 18.185	*) 82.404
LKK für das Saarland	1.130	3.969	1.046	3.876	999	3.810	951	3.739	771	3.610
LKK Ober- und Mittelfranken	18.861	77.758	17.865	75.116	17.186	73.150	16.536	71.257	13.950	67.441
LKK Niederbayern-Oberpfalz	28.562	122.857	27.451	119.880	26.782	116.776	26.033	113.366	23.079	107.970
LKK Unterfranken	7.940	36.081	7.386	35.005	7.069	33.725	6.817	32.930	5.889	31.349
LKK Schwaben	18.816	74.642	17.885	72.156	17.402	70.577	16.922	69.549	15.466	67.311
LKK Oberbayern	26.247	104.573	25.420	102.182	24.975	100.459	24.690	98.675	21.926	93.820
Badische LKK	13.824	56.612	13.369	55.691	12.972	54.214	12.541	52.726	10.780	50.148
LKK Württemberg	23.992	99.020	23.049	97.081	22.513	95.689	21.963	93.495	19.605	89.647
KK für den Gartenbau	16.669	84.881	16.446	80.966	16.258	79.406	16.079	76.736	15.420	74.171
KK für den Gartenbau (Ost)	3.340	12.923	3.652	13.188	3.619	13.217	3.386	12.049	3.131	11.984
LKK Berlin	2.626	6.398	7.311	9.819	7.682	12.271	9.105	14.666	9.560	17.033
Sächsische LKK	0	0	2.200	2.950	2.093	3.383	2.540	4.259	2.566	4.626
Insgesamt	315.179	**1.351.216**	308.971	**1.327.687**	301.041	**1.286.873**	294.522	**1.245.371**	260.923	**1.188.326**

*) Aufgrund der in Art. 9 des Agrarsozialreformgesetzes (ASRG) 1995 genannten Änderung von Zuständigkeiten ist zum 01.01.1995 ein Mitgliederwechsel von der Rhein. LKK zur LKK Rheinland-Pfalz erfolgt. In einer vereinbarten Übergangszeit bis zum 01.01.1997 werden die Aufgaben jedoch weiterhin von der Rhein. LKK wahrgenommen, wobei die Mitglieder/Versicherten statistisch der LKK Rheinland-Pfalz zugeordnet werden.

**) Zum 01.04.1995 fusioniert zur LKK Hessen

Übersicht 4

Landwirtschaftliche Pflegekassen

	Landwirtschaftliche Unternehmer	Versicherte insgesamt
Schleswig-Holsteinische LPK	15.134	67.407
LPK Oldenburg-Bremen	7.414	33.676
Hannoversche LPK	33.439	160.229
LPK Braunschweig	1.832	9.456
Lippische LPK	801	3.950
PK der rhein. Landwirtschaft	11.803	54.003
Westfälische LPK	18.469	94.434
LPK Hessen	11.703	63.723
LPK Rheinland-Pfalz	18.185	82.404
LPK für das Saarland	771	3.610
LPK Ober- und Mittelfranken	13.950	67.461
LPK Niederbayern-Oberpfalz	23.079	107.970
LPK Unterfranken	5.889	31.357
LPK Schwaben	15.466	67.312
LPK Oberbayern	21.926	93.816
Badische LPK	10.780	50.158
LPK Württemberg	19.605	89.644
PK für den Gartenbau	18.551	86.149
LPK Berlin	9.560	17.031
Sächsische LPK	2.566	4.625
Insgesamt	**260.923**	**1.188.415**

Übersicht 5 a

Beschäftigte* und Versicherte je Beschäftigten bei den Trägern der landwirtschaftlichen Sozialversicherung**

	1991				1992			
	LBG	LAK	LKK	Insgesamt	LBG	LAK	LKK	Insgesamt
Schleswig-Holsteinische	187	67	126	380	104	85	144	333
		359	585			275	503	
Oldenburg-Bremen	65	43	51	159	69	48	53	170
		283	757			248	699	
Hannoversche	260	208	280	748	273	225	285	783
		287	663			254	636	
Braunschweigische	28	12	12	52	29	10	12	51
		256	872			295	850	
Lippische	10	7	8	25	10	6	8	24
		231	567			260	529	
Rheinische	211	146	170	527	210	126	178	514
		271	772			296	709	
Westfälische	189	82	195	466	201	86	194	481
		424	544			384	571	
Hessen-Nassau***	176	74	121	371	173	69	123	365
		300	451			303	433	
Darmstadt***	52	28	36	116	48	26	35	109
		350	646			348	638	
Rheinhessen-Pfalz	105	47	72	224	105	48	74	227
		313	602			291	570	
für das Saarland	33	17	6	56	29	17	6	52
		115	662			105	646	
Oberfranken u. Mittelfranken	164	126	161	451	165	127	168	460
		245	483			230	447	
Niederbayern-Oberpfalz	300	149	156	605	211	169	161	541
		292	788			247	745	
Unterfranken	85	87	65	237	87	89	66	242
		160	555			147	530	
Schwaben	129	76	114	319	132	83	122	337
		363	655			319	591	
Oberbayern	182	124	165	471	191	133	177	501
		301	634			270	577	
Badische	156	85	107	348	149	87	107	343
		286	529			262	520	
Württemberg	242	121	137	500	222	112	130	464
		343	723			349	747	
Gartenbau	257	73	134	464	263	77	151	491
		309	633			289	536	
Berlin	319	-	18	337	422	-	21	443
			355				468	
Sächsische	-	-	-		85	-	4	89
							738	
Insgesamt	3150	1572	2134	6856	3178	1623	2219	7020
	1441	296	633		1403	273	598	

*) jeweils Zeile 1
**) jeweils Zeile 2
***) Zum 01.04.1995 fusioniert zu Hessen

Übersicht 5 b

Beschäftigte* und Versicherte je Beschäftigten bei den Trägern der landwirtschaftlichen Sozialversicherung**

	1993				1994			
	LBG	LAK	LKK	Insgesamt	LBG	LAK	LKK	Insgesamt
Schleswig-Holsteinische	111	78	134	323	96	75	124	295
		293	531			295	562	
Oldenburg-Bremen	66	46	53	165	65	49	55	169
		254	673			235	633	
Hannoversche	269	227	277	773	260	224	268	752
		243	617			238	622	
Braunschweigische	29	10	12	51	26	11	12	49
		282	830			245	811	
Lippische	10	7	7	24	12	7	7	26
		218	597			206	590	
Rheinische	217	142	178	537	218	122	177	517
		252	682			282	596	
Westfälische	217	92	179	488	217	94	176	487
		346	569			324	565	
Hessen-Nassau***	170	68	117	355	161	66	115	342
		292	445			281	442	
Darmstadt***	45	26	33	104	45	25	30	100
		330	660			324	704	
Rheinhessen-Pfalz	107	49	69	225	107	52	82	241
		272	596			243	489	
für das Saarland	27	16	5	48	29	14	5	48
		106	762			113	748	
Oberfranken u. Mittelfranken	166	128	165	459	167	153	160	480
		218	443			172	445	
Niederbayern-Oberpfalz	207	177	159	543	194	180	156	530
		228	734			216	727	
Unterfranken	86	56	56	198	85	56	57	198
		220	602			208	578	
Schwaben	134	85	117	336	142	95	113	350
		301	603			260	615	
Oberbayern	199	145	171	515	165	153	184	502
		240	587			221	536	
Badische	159	93	102	354	163	91	102	356
		231	532			222	517	
Württemberg	247	160	166	573	249	157	162	568
		234	576			230	577	
Gartenbau	270	77	153	500	260	80	153	493
		283	519			269	502	
Berlin	382	-	21	403	387	-	20	407
			584				733	
Sächsische	111	-	3	114	105	-	4	109
			1128				1065	
Insgesamt	3229	1682	2177	7088	3153	1704	2162	7019
	1409	254	591		1432	241	576	

*) jeweils Zeile 1
**) jeweils Zeile 2
***) Zum 01.04.1995 fusioniert zu Hessen

Übersicht 5 c

Beschäftigte* und Versicherte je Beschäftigten bei den Trägern der landwirtschaftlichen Sozialversicherung**

	1995			
	LBG	LAK	LKK	Insgesamt
Schleswig-Holsteinische		72	134	
		289	503	
Oldenburg-Bremen		45	55	
		351	612	
Hannoversche		255	262	
		310	611	
Braunschweigische		11	12	
		399	788	
Lippische		9	7	
		222	564	
Rheinische		151	181	
		237	298	
Westfälische		127	167	
		402	566	
Hessen-Nassau***		61	144	
		454	442	
Darmstadt***		30	0	
		412	0	
Rheinhessen-Pfalz		59	92	
		340	896	
für das Saarland		21	6	
		110	602	
Oberfranken u. Mittelfranken		160	159	
		274	424	
Niederbayern-Oberpfalz		175	162	
		366	666	
Unterfranken		58	56	
		328	560	
Schwaben		101	113	
		384	596	
Oberbayern		148	196	
		375	479	
Badische		65	99	
		534	507	
Württemberg		141	161	
		414	557	
Gartenbau		85	169	
		419	439	
Berlin		62	20	
		203	852	
Sächsische		14	4	
		360	1157	
Insgesamt		1850	2199	
		345	540	

*) jeweils Zeile 1
**) jeweils Zeile 2
***) Zum 01.04.1995 fusioniert zu Hessen

Übersicht 6

LSV-Träger	**Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane der LSV-Träger**								
	Vertreterversammlung				Vorstand				Summe der Spalten 5 und 9
	Vers. Arbeit-nehmer	SofA *)	Arbeit-geber	Summe der Spal-ten 2 bis 4	Vers. Arbeit-nehmer	SofA *)	Arbeit-geber	Summe der Spalten 6 bis 8	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Schleswig-Holst.	12	12	12	36	3	3	3	9	45
Oldenb.-Bremen	12	12	12	36	3	3	3	9	45
Hannover	12	12	12	36	3	3	3	9	45
Braunschweig	6	6	6	18	3	3	3	9	27
Lippischer	6	6	6	18	2	2	2	6	24
Rheinischer	6	6	6	18	2	2	2	6	24
Westfälischer	12	12	12	36	3	3	3	9	45
Hessen	17	17	17	51	4	4	4	12	63
Rheinl.-Pfalz	12	12	12	36	4	4	4	12	48
Saarland	4	4	4	12	2	2	2	6	18
Ober- u.Mittelfranken	12	12	12	36	3	3	3	9	45
Niederbay-Oberpfalz	12	12	12	36	3	3	3	9	45
Unterfranken	9	9	9	27	2	2	2	6	33
Schwaben	6	6	6	18	2	2	2	6	24
Oberbayern	12	12	12	36	3	3	3	9	45
Badischer	12	12	12	36	3	3	3	9	45
Württemberg	12	12	12	36	3	3	3	9	45
Gartenbau	18	---	18	36	6	---	6	12	48
Berlin	12	12	12	36	3	3	3	9	45
Sächsischer	6	6	6	18	2	2	2	6	24
Summe	**210**	**192**	**210**	**612**	**59**	**53**	**59**	**171**	**783**

*) Selbständige ohne fremde Arbeitskräfte

Übersicht 7 a

AUFWENDUNGEN FÜR EHRENAMTLICHE ORGANE
- in DM -

	1991				1992			
	LBG	LAK	LKK	Gesamt	LBG	LAK	LKK	Gesamt
Schleswig-Holsteinische	75.603,05	26.439,03	19.124,12	121.166,20	83.366,14	19.214,77	24.426,29	127.007,20
Oldenburg-Bremen	34.357,65	11.430,83	15.979,20	61.767,68	41.320,54	12.133,58	10.920,91	64.375,03
Hannoversche	103.980,74	38.754,78	41.181,24	183.916,76	105.810,52	40.806,62	42.089,72	188.706,86
Braunschweigische	27.893,39	12.033,21	17.342,03	57.268,63	31.343,51	11.943,68	13.204,11	56.491,30
Lippische	17.140,86	5.992,84	6.148,75	29.282,45	17.618,47	6.120,24	7.181,13	30.919,84
Rheinische	86.931,17	31.060,27	33.286,26	151.277,70	98.805,82	27.750,64	29.873,22	156.429,68
Westfälische	50.338,35	27.423,29	26.790,34	104.551,98	57.018,14	26.408,12	33.602,28	117.028,54
Hessen-Nassau	86.464,17	34.813,13	32.568,39	153.845,69	77.207,74	37.318,69	33.702,21	148.228,64
Darmstadt	36.822,04	9.844,11	9.374,46	56.040,61	42.824,61	10.697,00	11.604,95	65.126,56
Rheinhessen-Pfalz	32.197,33	15.023,46	15.774,34	62.995,13	34.186,05	13.381,63	13.979,00	61.546,68
für das Saarland	18.603,32	8.946,32	5.891,84	33.441,48	22.109,62	9.215,72	6.299,83	37.625,17
Oberfranken u. Mittelfranken	79.647,63	23.630,42	24.684,12	127.962,17	87.392,32	25.216,49	27.255,10	139.863,91
Niederbayern-Oberpfalz	61.185,27	35.205,44	38.230,84	134.621,55	59.148,60	31.816,14	35.723,54	126.688,28
Unterfranken	33.645,33	15.616,65	12.740,61	62.002,59	39.161,15	16.918,73	12.940,51	69.020,39
Schwaben	28.799,01	11.127,50	11.718,87	51.645,38	19.729,64	10.937,08	10.937,08	41.603,80
Oberbayern	50.274,00	18.818,59	29.432,87	98.525,46	67.295,96	22.862,49	24.058,38	114.216,83
Badische	60.565,45	29.256,09	26.736,18	116.557,72	63.588,28	28.173,88	30.752,56	122.514,72
Württemberg	61.474,51	21.215,24	24.994,31	107.684,06	50.647,48	17.726,30	22.213,32	90.587,10
Gartenbau	74.879,30	28.229,49	29.832,70	132.941,49	88.102,87	30.910,20	36.152,86	155.165,93
Berlin	91.214,22		2.463,48	93.677,70	111.538,49		10.052,42	121.590,91
Sächsische					8.747,99			8.747,99
Gesamtaufwendungen	**1.112.016,79**	**404.860,69**	**424.294,95**	**1.941.172,43**	**1.206.963,94**	**399.552,00**	**436.969,42**	**2.043.485,36**

Übersicht 7 b

AUFWENDUNGEN FÜR EHRENAMTLICHE ORGANE
- in DM -

	1993				1994			
	LBG	LAK	LKK	Gesamt	LBG	LAK	LKK	Gesamt
Schleswig-Holsteinische	78.685,42	27.431,50	29,315,39	135.432,31	62.442,99	25.513,58	23.493,55	111.450,12
Oldenburg-Bremen	35.349,42	14.369,60	13.385,22	63.104,24	39.325,00	14.752,17	20.585,25	74.662,42
Hannoversche	127.720,17	53.259,31	57.640,92	238.620,4	110.842,46	48.900,14	58.478,27	218.220,87
Braunschweigische	31.644,46	12.760,00	16.742,56	61.147,02	31.311,14	16.533,94	16.101,54	63.946,62
Lippische	18.576,36	5.057,59	6.193,04	29.826,99	19.533,22	5.495,27	4.503,09	29.531,58
Rheinische	109.132,80	35.008,87	35.458,82	179.600,49	98.795,80	39.515,28	40.816,94	179.128,02
Westfälische	80.914,77	40.075,74	40.951,03	161.941,54	55.174,34	25.309,70	41.126,88	121.610,92
Hessen-Nassau	91.748,30	41.301,96	36.942,93	169.993,19	83.993,79	31.396,48	35.829,06	151.219,33
Darmstadt	39.321,74	11.406,29	11.152,20	61.880,23	40.785,06	14.713,00	12.415,42	67.913,48
Rheinhessen-Pfalz	42.512,01	14.885,04	14.177,08	71.574,13	30.054,32	17.544,18	16.455,10	64.053,6
für das Saarland	28.234,38	11.907,30	8.827,57	48.969,25	27.393,30	14.840,03	8.061,00	50.294,33
Oberfranken u. Mittelfranken	107.517,67	27.649,07	35.433,83	170.600,57	84.274,05	25.750,35	37.188,12	147.212,52
Niederbayern-Oberpfalz	72.666,94	43.222,68	46.211,67	162.101,29	63.600,53	37.528,98	39.584,11	140.713,62
Unterfranken	47.174,34	24.265,37	15.171,24	86.610,95	40.975,51	22.666,27	13.969,80	77.611,58
Schwaben	36.776,10	13.824,07	14.363,38	64.963,55	27.486,80	13.981,81	18.510,53	59.979,14
Oberbayern	87.374,41	22.067,50	32.208,76	141.650,67	75.075,51	22.989,34	38.607,77	136.672,62
Badische	69.777,99	29.843,43	24.037,88	123.659,3	78.804,02	24.289,50	29.207,47	132.300,99
Württemberg	72.614,84	24.638,18	24.345,87	121.598,89	54.266,70	22.053,05	25.070,27	101.390,02
Gartenbau	103.029,54	28.426,51	27.899,67	159.355,72	109.287,60	29.204,42	28.059,75	166.551,77
Berlin	103.871,43		45.409,47	149.280,90	74.292,50		28.411,69	102.704,19
Sächsische	6.892,09		0,00	6.892,09	41.890,59		17.003,14	58.893,73
Gesamtaufwendungen	**1.391.535,18**	**481.400,01**	**535.868,53**	**2.408.803,72**	**1.249.605,23**	**452.977,49**	**553.478,75**	**2.256.061,47**

Übersicht 8 a

VERWALTUNGSKOSTEN DER LANDWIRTSCHFTLICHEN BERUFSGENOSSENSCHAFTEN

- IN DM -

	1991	1992	1993	1994
Schleswig-Holsteinische LBG	7.089.738,12	7.540.537,10	8.353.393,54	6.383.344,31
LBG Oldenburg-Bremen	3.464.705,12	3.668.707,00	4.113.335,30	3.920.612,64
Hannoversche LBG	19.002.760,81	18.539.701,72	19.666.284,16	17.070.768,11
Braunschweigische LBG	1.610.121,08	1.644.650,40	1.608.995,68	1.446.525,23
Lippische LBG	787.150,50	794.115,21	831.732,92	815.245,91
Rheinische LBG	14.427.905,18	15.696.485,61	18.403.034,14	15.779.205,90
Westfälische LBG	13.474.065,87	14.225.917,24	15.657.590,27	13.939.834,39
LBG Hessen-Nassau	9.565.904,95	9.542.224,40	9.869.226,59	8.881.321,24
LBG Darmstadt	4.344.389,43	3.869.104,22	4.171.879,32	4.332.990,53
LBG Rheinhessen-Pfalz	5.948.908,60	6.008.687,85	6.159.185,91	6.099.028,07
LBG für das Saarland	2.367.653,51	2.246.076,37	2.404.514,01	2.054.219,53
LBG Oberfranken u. Mittelfranken	9.651.154,98	11.030.951,81	12.753.511,96	10.605.304,79
LBG Niederbayern-Oberpfalz	12.336.730,93	12.891.163,58	14.463.670,95	13.507.604,92
LBG Unterfranken	5.461.502,39	5.256.229,58	5.244.905,34	5.154.687,39
LBG Schwaben	6.705.794,47	6.680.791,24	6.962.218,90	6.537.946,78
LBG Oberbayern	11.858.673,79	13.293.497,48	14.490.352,30	13.814.327,64
Badische LBG	13.179.004,24	12.657.200,60	13.480.006,47	12.330.827,46
LBG Württemberg	17.219.624,68	20.280.758,99	18.930.999,78	17.163.304,49
Gartenbau-BG	15.918.955,41	15.210.049,45	16.641.339,91	18.783.736,55
LBG Berlin	21.591.552,65	20.309.341 ,49	26.427.345,92	23.884.536,41
Sächsische LBG		4.048.506,48	4.883.655,14	5.700.743,07
Summe	196.006.296,71	205.434.697,82	225.517.178,51	208.206.115,36
pro Versicherter	43,19 DM	46,07 DM	49,57 DM	46,11 DM

Übersicht 8 b

Landwirtschaftliche Alterskassen

a) Verwaltungskosten (Vwk) insgesamt
b) Verwaltungskosten pro Versicherter zum 31. Dezember des jeweiligen Kalenderjahres

	1991		1992		1993		1994		1995	
	Vwk insgesamt in 1 000 DM	Vwk pro Versicherter in DM	Vwk insgesamt in 1 000 DM	Vwk pro Versicherter in DM	Vwk insgesamt in 1 000 DM	Vwk pro Versicherter in DM	Vwk insgesamt in 1 000 DM	Vwk pro Versicherter in DM	Vwk insgesamt in 1 000 DM	Vwk pro Versicherter in DM
Schleswig-Holsteinische LAK	7 593,6	316,04	7 637,9	327,15	6 940,7	303,68	7 898,2	356,50	6 123,3	294,40
LAK Oldenburg-Bremen	3 646,2	299,84	3 933,2	330,08	3 902,5	334,49	4 173,0	362,15	4 705,9	297,86
Hannoversche LAK	20 237,9	339,27	21 165,3	371,02	22 759,6	413,16	21 352,3	400,91	17 139,5	216,82
LAK Braunschweig	1 230,6	400,20	1 289,5	437,71	1 344,4	477,58	1 333,1	494,84	1 527,2	347,72
Lippische LAK	613,0	378,40	655,2	419,73	641,3	419,42	703,2	486,64	715,2	358,50
AK der rhein. Landwirtschaft	10 674,3	270,04	12 449,4	334,13	12 320,0	344,68	*) 12 381,3	359,91	*) 13 196,8	368,77
Westfälische LAK	9 312,4	268,15	10 114,8	306,23	11 383,6	357,35	11 541,7	379,14	13 444,2	263,11
LAK Hessen-Nassau **)	7 575,5	340,99	7 942,7	380,36	7 949,0	400,88	7 808,8	421,32	**) 7 758,9	280,26
LAK Darmstadt **)	3 507,7	358,00	3 546,1	391,96	3 296,6	384,80	3 733,5	461,27	**) 3 965,5	320,57
LAK Rheinland-Pfalz	3 609,9	245,64	3 620,6	259,36	3 815,5	286,13	*) 4 149,3	328,94	*) 6 340,2	316,44
LAK für das Saarland	1 235,9	633,47	1 325,9	745,31	1 358,7	802,54	1 509,8	955,57	1 442,2	622,71
LAK Ober- und Mittelfranken	12 243,5	396,04	12 578,6	430,94	12 852,0	460,65	13 851,4	526,51	13 872,8	316,38
LAK Niederbayern-Oberpfalz	14 157,5	325,62	15 386,8	368,72	16 526,2	409,18	17 767,0	456,25	18 424,8	287,63
LAK Unterfranken	6 300,7	453,88	6 667,7	510,39	7 319,7	593,65	8 077,9	693,50	8 607,2	447,79
LAK Schwaben	6 300,8	228,51	6 857,2	268,71	7 239,9	282,55	7 261,1	294,29	9 159,1	235,92
LAK Oberbayern	9 263,2	248,54	10 250,4	286,00	11 965,5	343,22	13 086,2	387,05	11 008,9	198,35
Badische LAK	7 379,0	303,06	7 656,5	335,81	8.708,4	404,80	8 959,3	443,38	9 339,2	268,92
LAK Württemberg	13 758,2	331,64	16 270,6	415,84	14 192,0	378,41	16 227,1	449,16	14 862,5	254,66
KK für den Gartenbau	6 017,9	266,77	6 320,4	284,23	6 409,2	293,81	6 908,9	321,14	7 807,2	219,18
LAK Berlin									3 393,9	269,27
Sächsische LAK									1 222,9	242,54
Insgesamt	144 659,8	311,12	155 668,8	351,09	160 924,8	376,95	168 723,1	411,55	173 957,4	272,27

*) Aufgrund der in Artikel 9 des Agrarsozialreformgesetzes (ASRG) 1995 genannten Änderung von Zuständigkeiten ist zum 1. Januar 1995 ein Mitgliederwechsel von der Rhein. LKK zur LKK Rheinland-Pfalz erfolgt. In einer vereinbarten Übergangszeit bis zum 1. Januar 1997 werden die Aufgaben jedoch weiterhin von der Rhein. LAK wahrgenommen, wobei die Mitglieder/Versicherten statistisch der LAK Rheinland-Pfalz zugeordnet werden.

**) Zum 1. April 1995 fusioniert zur LAK Hessen.

Übersicht 8 c

Landwirtschaftliche Krankenkassen

a) Verwaltungskosten (Vwk) insgesamt

b) Verwaltungskosten pro Versicherter zum 31.12. des jeweiligen Kalenderjahres

	1991		1992		1993		1994		1995	
	Vwk insgesamt	Vwk pro Versicherter	Vwk insgesamt	Vwk pro Versicherter	Vwk insgesamt	Vwk pro Versicherter	Vwk insgesamt	Vwk pro Versicherter	Vwk insgesamt	Vwk pro Versicherter
Schleswig-Holsteinische LKK	9.743.717,11	132,12	10.398.512,22	143,51	10.080.308,24	141,72	9.810.403,51	140,84	9.599.019,00	142,43
LKK Oldenburg-Bremen	4.338.003,13	112,29	4.816.580,16	130,02	5.028.469,91	141,04	5.225.894,05	149,99	5.026.522,00	149,26
Hannoversche LKK	24.719.415,53	133,18	27.691.456,27	152,81	25.875.949,17	151,33	27.972.841,01	167,78	25.775.919,00	160,93
LKK Braunschweig	983.380,58	94,00	1.449.058,16	142,04	1.663.591,25	167,07	1.754.632,75	180,36	2.003.809,00	211,91
Lippische LKK	606.635,12	133,86	665.805,67	157,36	655.964,17	157,00	658.670,09	159,44	668.593,00	169,26
KK der rhein. Landwirtschaft	14.970.025,26	114,10	16.217.745,77	128,54	16.895.973,05	139,09	*) 27.878.480,44	*) 264,47	*) 8.233.414,00	*) 152,46
Westfälische LKK	14.310.887,43	134,88	16.348.686,90	147,68	19.745.446,26	193,83	17.084.470,39	171,82	15.494.985,00	164,07
**) LKK Hessen-Nassau	8.621.603,34	157,86	9.480.372,69	178,10	10.053.772,78	193,17	9.824.585,72	193,43	**) 12.872.280,00	**) 202,02
**) LKK Darmstadt	3.646.215,76	156,84	3.794.539,48	169,80	3.838.120,54	176,32	3.498.561,25	165,75	**) 0,00	**) 0,00
LKK Rheinland-Pfalz	6.331.899,06	146,03	6.554.218,92	155,35	6.916.931,92	168,12	*) 7.355.037,83	*) 183,41	*) 16.040.339,00	*) 194,65
LKK für das Saarland	685.569,82	172,73	595.573,08	153,66	599.053,20	157,23	644.196,80	172,30	617.644,00	171,09
LKK Ober- und Mittelfranken	10.385.780,28	133,57	11.574.160,73	154,08	10.912.156,51	149,17	10.822.760,45	151,88	9.774.097,00	144,92
LKK Niederbayern-Oberpfalz	15.117.368,62	123,05	16.212.414,49	135,24	16.803.313,30	143,89	17.533.616,01	154,66	16.869.832,00	156,25
LKK Unterfranken	4.709.888,73	130,54	5.121.703,36	146,31	4.913.786,29	145,70	4.904.062,72	148,92	4.503.571,00	143,66
LKK Schwaben	7.285.014,61	97,60	7.818.532,81	108,36	8.035.951,08	113,86	8.293.014,75	119,24	8.342.370,00	123,93
LKK Oberbayern	11.500.577,40	109,98	12.176.009,27	119,16	12.636.948,32	125,79	14.344.717,22	145,37	14.203.680,00	151,39
Badische LKK	8.565.559,17	151,30	8.518.033,90	152,95	8.868.092,42	163,57	8.959.820,97	169,93	8.133.749,00	162,19
LKK Württemberg	14.195.173,72	143,36	15.678.964,23	161,50	14.351.391,67	149,97	15.700.730,90	167,93	12.002.446,00	133,88
KK für den Gartenbau	8.434.508,51	99,37	9.416.495,95	116,30	9.140.539,04	115,11	9.921.229,36	129,29	10.910.000,00	147,09
KK für den Gartenbau (Ost)	724.680,35	56,08	836.934,04	63,46	1.245.778,49	94,25	1.358.186,41	112,72	917.254,00	76,54
LKK Berlin	1.371.396,51	214,34	1.878.026,52	191,26	3.896.267,49	317,51	3.177.361,37	216,65	4.273.561,00	250,90
Sächsische LKK	0,00	0,00	98.848,01	33,50	200.189,09	59,17	355.638,55	83,50	395.089,00	85,41
Insgesamt	171.247.300,04	126,73	187.342.672,63	141,10	192.357.994,19	149,47	207.078.912,55	166,27	186.658.173,00	157,07

*) Aufgrund der in Art. 9 des Agrarsozialreformgesetzes (ASRG) 1995 genannten Änderung von Zuständigkeiten ist zum 01.01.1995 ein Mitgliederwechsel von der Rhein. LKK zur LKK Rheinland-Pfalz erfolgt. In einer vereinbarten Übergangszeit bis zum 01.01.1997 werden die Aufgaben jedoch weiterhin von der Rhein. LKK wahrgenommen, wobei die Mitglieder/Versicherten statistisch der LKK Rheinland-Pfalz zugeordnet werden.

**) Zum 01.04.1995 fusioniert zur LKK Hessen

Übersicht 8 d

Landwirtschaftliche Pflegekassen

	Verwaltungskosten *)	Verwaltungskosten pro Versicherter
Schleswig-Holsteinische LPK	1.059.642	15,72
LPK Oldenburg-Bremen	577.409	17,14
Hannoversche LPK	3.581.361	22,35
LPK Braunschweig	125.212	13,24
Lippische LPK	57.061	14,44
PK der rhein. Landwirtschaft	1.320.920	24,46
Westfälische LPK	2.287.545	24,22
LPK Hessen	1.666.471	26,15
LPK Rheinland-Pfalz	2.137.431	25,93
LPK für das Saarland	81.121	22,47
LPK Ober- und Mittelfranken	1.392.475	20,64
LPK Niederbayern-Oberpfalz	2.338.578	21,65
LPK Unterfranken	693.365	22,11
LPK Schwaben	903.933	13,42
LPK Oberbayern	1.650.991	17,59
Badische LPK	1.172.033	23,36
LPK Württemberg	1.739.387	19,40
PK für den Gartenbau	1.271.637	14,76
LPK Berlin	702.519	41,24
Sächsische LPK	60.878	13,16
Insgesamt	24.819.969	20,88

*) Es handelt sich hierbei nicht um die tatsächlich angefallenen Verwaltungskosten, sondern um die Summe der gesetzlich festgelegten Verwaltungskostenpauschale (§ 46 Abs. 3 SGB XI), die anteiligen Kosten für den MDK sowie die Vorlaufkosten gem. Art. 46 PflegeVG.

Übersicht 9 a

Kosten der EDV 1991

LSV-Träger	EDV-Programme	Hardware	EDV-Organisation	Gesamt
Schleswig-Holstein	233.577	967.253	1.457.709	2.658.539
Oldenburg-Bremen	151.639	333.974	621.742	1.107.355
Hannover	834.000	4.381.000	3.792.000	9.007.000
Braunschweig	-	858.769	155.527	1.014.296
Lippische	-	7.149	128.654	135.803
*) Rheinische	234.000	1.572.000	2.293.000	4.099.000
Westfälische	1.132.071	2.267.460	1.038.581	4.438.112
**) Hessen-Nassau	829.019	1.000.000	1.662.663	3.491.682
**) Darmstadt	-	597.124	574.957	1.172.081
*) Rheinhessen-Pfalz	5.226	99.742	768.806	873.774
für das Saarland	5.745	149.784	165.182	320.711
Oberfranken u. Mittelfranken	696.996	3.364.921	2.498.327	6.560.244
Niederbayern-Oberpfalz	1.049.360	311.180	1.719.769	3.080.309
Unterfranken	295.963	570.888	718.187	1.585.038
Schwaben	-	768.000	1.132.000	1.900.000
Oberbayern	845.000	1.173.000	1.286.000	3.304.000
Badische	92.145	901.545	1.803.168	2.796.858
Württemberg	568.000	1.884.000	3.177.000	5.629.000
Gartenbau	587.175	1.245.084	990.426	2.822.685
Berlin	1.197.834	5.529.000	1.180.438	7.907.272
Sächsische	-	-	-	-

*) Zum 1.1.1995 Zuständigkeitsveränderungen und Namensänderung in Rheinland-Pfalz

**) Zum 1.4.1995 fusioniert zu Hessen

Übersicht 9 b

Kosten der EDV 1992

LSV-Träger	EDV-Programme	Hardware	EDV-Organisation	Gesamt
Schleswig-Holstein	298.589	882.340	1.695.473	2.876.402
Oldenburg-Bremen	83.921	152.899	830.764	1.067.584
Hannover	802.000	5.458.000	3.891.000	10.151.000
Braunschweig	3.760	20.360	168.118	192.238
Lippische	35.810	23.369	138.291	197.470
*) Rheinische	978.000	2.120.000	2.339.000	5.437.000
Westfälische	1.281.227	2.290.352	1.011.962	4.583.541
**) Hessen-Nassau	685.897	855.000	1.850.906	3.391.803
**) Darmstadt	-	442.043	628.716	1.070.759
*) Rheinhessen-Pfalz	35.051	30.596	844.257	909.904
für das Saarland	5.882	71.513	168.599	245.994
Oberfranken u. Mittelfranken	543.647	549.269	2.512.439	3.605.355
Niederbayern-Oberpfalz	1.131.609	675.267	1.782.567	3.589.443
Unterfranken	287.661	619.321	767.946	1.674.928
Schwaben	-	694.000	1.228.000	1.922.000
Oberbayern	741.000	1.086.000	1.337.000	3.164.000
Badische	161.126	920.008	2.044.372	3.125.506
Württemberg	720.000	5.034.000	3.375.000	9.129.000
Gartenbau	767.116	1.578.165	1.017.612	3.362.893
Berlin	198.951	798.964	1.865.360	2.863.275
Sächsische	-	499.406	-	499.406

*) Zum 1.1.1995 Zuständigkeitsveränderungen und Namensänderung in Rheinland-Pfalz

**) Zum 1.4.1995 fusioniert zu Hessen

Übersicht 9 c

Kosten der EDV 1993

LSV-Träger	EDV-Programme	Hardware	EDV-Organisation	Gesamt
Schleswig-Holstein	252.658	1.082.814	1.586.494	2.921.966
Oldenburg-Bremen	56.794	255.691	926.277	1.238.762
Hannover	1.640.000	4.325.000	4.157.000	10.122.000
Braunschweig	4.315	270.681	201.967	476.963
Lippische	9.556	32.373	128.080	170.009
*) Rheinische	3.157.000	6.380.000	2.386.000	11.923.000
Westfälische	1.403.981	3.204.741	1.057.218	5.665.940
**) Hessen-Nassau	1.695.606	1.208.891	2.035.490	4.939.987
**) Darmstadt	-	232.865	681.896	914.761
*) Rheinhessen-Pfalz	133.033	7.142	894.997	1.035.172
für das Saarland	23.604	1.849.606	175.822	2.049.032
Oberfranken u. Mittelfranken	705.835	47.121	-	752.956
Niederbayern-Oberpfalz	1.014.865	523.642	1.893.088	3.431.595
Unterfranken	292.385	596.309	896.611	1.785.305
Schwaben	-	652.000	1.306.000	1.958.000
Oberbayern	1.230.000	1.493.000	1.391.000	4.114.000
Badische	404.912	914.717	2.096.499	3.416.128
Württemberg	1.810.000	2.512.000	4.115.000	8.437.000
Gartenbau	873.990	1.366.534	892.615	3.133.139
Berlin	233.154	2.025.276	2.032.508	4.290.938
Sächsische	-	39.205	-	39.205

*) Zum 1.1.1995 Zuständigkeitsveränderungen und Namensänderung in Rheinland-Pfalz

**) Zum 1.4.1995 fusioniert zu Hessen

Übersicht 9 d

Kosten der EDV 1994

LSV-Träger	EDV-Programme	Hardware	EDV-Organisation	Gesamt
Schleswig-Holstein	364.446	1.316.390	1.750.036	3.430.872
Oldenburg-Bremen	51.242	400.248	1.098.602	1.550.092
Hannover	724.000	3.901.000	4.310.000	8.935.000
Braunschweig	26.649	446.585	221.418	694.652
Lippische	46.068	25.574	128.651	200.293
*) Rheinische	1.432.000	2.390.000	2.434.000	6.256.000
Westfälische	1.560.015	2.948.808	1.401.161	5.909.984
**) Hessen-Nassau	889.306	824.677	2.060.148	3.774.131
**) Darmstadt	-	296.890	818.131	1.115.021
*) Rheinhessen-Pfalz	113.247	485.877	986.573	1.585.697
für das Saarland	57.841	163.880	184.627	406.348
Oberfranken u. Mittelfranken	629.067	526.355	2.799.519	3.954.941
Niederbayern-Oberpfalz	1.121.653	567.658	1.877.640	3.566.951
Unterfranken	252.007	445.348	1.059.249	1.756.604
Schwaben	-	1.637.000	1.377.000	3.014.000
Oberbayern	1.305.000	1.487.000	1.447.000	4.239.000
Badische	611.996	236.745	2.219.641	3.068.382
Württemberg	1.926.000	3.823.000	4.359.000	10.108.000
Gartenbau	804.473	1.060.044	946.234	2.810.751
Berlin	316.307	1.584.533	2.354.309	4.255.149
Sächsische	13.813	103.497	130.033	247.343

*) Zum 1.1.1995 Zuständigkeitsveränderungen und Namensänderung in Rheinland-Pfalz

**) Zum 1.4.1995 fusioniert zu Hessen

Übersicht 9 e

Kosten der EDV 1995

LSV-Träger	EDV-Programme	Hardware	EDV-Organisation	Gesamt
Schleswig-Holstein	237.478	1.114.419	1.944.577	3.296.474
Oldenburg-Bremen	36.522	381.767	1.081.722	1.500.011
Hannover	1.026.000	3.547.000	4.469.000	9.042.000
Braunschweig	21.690	232.939	360.930	615.559
Lippische	-	11.338	131.498	142.836
*) Rheinische	1.413.000	1.494.000	2.483.000	5.390.000
Westfälische	1.499.152	2.314.983	1.690.419	5.504.554
**) Hessen-Nassau	900.337	1.356.315	2.231.896	4.488.548
**) Darmstadt	-	288.400	823.404	1.111.804
*) Rheinhessen-Pfalz	132.379	564.009	1.162.210	1.858.598
für das Saarland	7.131	88.967	196.667	292.765
Oberfranken u. Mittelfranken	613.328	82.889	2.907.993	3.604.210
Niederbayern-Oberpfalz	1.245.624	712.243	1.989.475	3.947.342
Unterfranken	233.279	571.580	1.178.165	1.983.024
Schwaben	-	1.574.000	1.487.000	3.061.000
Oberbayern	1.259.000	1.673.000	1.505.000	4.437.000
Badische	141.909	267.251	2.350.504	2.759.664
Württemberg	1.206.000	1.355.000	4.325.000	6.886.000
Gartenbau	1.143.524	1.256.047	1.094.335	3.493.906
Berlin	394.123	2.197.087	2.438.372	5.029.582
Sächsische	32.574	138.543	225.189	396.306

*) Zum 1.1.1995 Zuständigkeitsveränderungen und Namensänderung in Rheinland-Pfalz

**) Zum 1.4.1995 fusioniert zu Hessen

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333